

Wandlungsprozesse: Demokratie und Medien

Ulrich Wilhelm

Veranstaltung vom 15. März 2011



Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Wandlungsprozesse: Demokratie und Medien

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

Impressum

Tutzing/München 2011

Herausgeber:

Bayerischer Landtag
Abteilung Parlamentarische Dienste
Maximilianeum, 81627 München
www.bayern.landtag.de
www.maximilianeum-online.de

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1, 82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c.

Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie für Politische
Bildung, Tutzing/Universität Passau

Vortrag

Wandlungsprozesse:

Demokratie und Medien

Ulrich Wilhelm

Intendant des Bayerischen Rundfunks

Auszüge aus der Diskussion

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie sehr herzlich willkommen
heißen zum heutigen Akademiegespräch.

Seit vielen Jahren schon arbeiten der
Bayerische Landtag und die Akademie für
politische Bildung Tutzing bei dieser Ver-
anstaltungsreihe sehr eng zusammen.
Diese Akademiegespräche erfreuen sich
nach wie vor großer Beliebtheit. Herr
Professor Oberreuter hat eine große An-
hängerschaft, wie wir auch am heutigen
Abend wieder sehen. Das liegt natürlich
auch immer an den hochkarätigen Refe-
rentinnen und Referenten. Für beides
verantwortlich zeichnet natürlich der
Direktor der Akademie. Sie, verehrter, lie-
ber Herr Professor Oberreuter, darf ich
ganz herzlich begrüßen im Hause. Ihre
Gattin kommt auch noch, ich begrüße sie
auch gleich mit. Herzlich willkommen
zum heutigen Abend.

Ich darf auch sehr herzlich Herrn Vize-
präsidenten Rohde begrüßen sowie die
Vertreterinnen und Vertreter der Frakti-
onen. Ich freue mich ganz besonders,
dass heute Abend nach getaner Arbeit
von heute Morgen bis jetzt doch viele
Kolleginnen und Kollegen anwesend sind.
Stellvertretend begrüße ich für die CSU
Herrn Staatsminister a. D. Dr. Thomas
Goppel, für die SPD-Fraktion die stell-
vertretende Fraktionsvorsitzende Frau
Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer,

für die FDP die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Frau Renate Will. Ich begrüße dann natürlich auch sehr herzlich – wir freuen uns, Herr Oberbürgermeister, langsam sind Sie auch Stammgast hier bei den Akademiegesprächen – den Altoberbürgermeister der Landeshauptstadt München und ehemaligen Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel. Sie sind uns herzlich willkommen am heutigen Abend.

Ein herzliches Grüß Gott auch an die Vertreter des konsularischen Korps. Ganz besonders freue ich mich natürlich über die Anwesenheit der Vertreter der Kirchen. Ich begrüße ganz herzlich den Hochwürdigsten Erzbischof der griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland, Herrn Malamoussis sowie Herrn Prälat Dr. Lorenz Wolf, Leiter des katholischen Büros. Ich begrüße auch sehr herzlich die Vertreter der Ministerien, der Obersten Behörden, der Gerichte, der Universitäten, Hochschulen und Bibliotheken, der Museen und der Vereine und natürlich der Verbände. Einen ganz herzlichen Gruß richte ich auch an den Hausherrn, den Vorstand der Stiftung Maximilianeum, Herrn Hanspeter Beißer. Ebenso begrüße ich heute besonders herzlich die Vertreter der Medien, die Damen und Herren der Presse. Ich überlege fast schon, Herr Intendant, ob Sie nicht sogar eine kleine Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbesprechung heute Abend vornehmen können.

Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute auch ein reges Interesse, nicht nur des Bayerischen Rundfunks haben, sondern insgesamt der Damen und Herren der Presse, vor allem der Mitglieder des Vereins der Landtagspresse. Der Vorsitzende, Herr Bachmeier, ist auch hier.

Ein besonders herzlicher Willkommensgruß gilt natürlich dem Referenten des heutigen Abends, Herrn Ulrich Wilhelm, dem neuen Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Herzlich willkommen heute schon zum zweiten Mal, Herr Intendant.

Sehr geehrter, lieber Herr Wilhelm, fast möchte ich sagen: Willkommen zu Hause! Denn mit dem Bayerischen Landtag verbindet Sie ein enges familiäres Band. Ihr Vater, Dr. Paul Wilhelm, war mehr als drei Jahrzehnte lang Mitglied dieses Hohen Hauses. Ich selbst durfte einige Jahre mit ihm auch im Kabinett verbringen. Auch Sie selbst waren häufig im Landtag zugegen in Ihrer Eigenschaft als Pressesprecher des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und der bayerischen Staatsregierung. Willkommen zu Hause aber auch, weil Sie nach fünfjähriger Amtszeit in Berlin in Ihre Heimatstadt München zurückgekommen sind, was für einen Bayer mit Leib und Seele – wie Sie selbst von sich sagen – auch nicht weiter verwundert.

Im Fokus des heutigen Abends stehen Wandlungsprozesse im Bezug auf Demo-

kratie und Medien. Herr Professor Oberreuter, ich will Ihrer Einführung nicht vorgreifen und darf aber doch zwei Aspekte ansprechen, die auch für mich nachdenkenswert sind.

Dazu zunächst ein Zitat von Herrn Wilhelm, der bei seiner Verabschiedung in der Bundespressekonferenz sagte, ich darf Sie zitieren:

„Nicht ein kritisches Urteil ist zu fürchten oder schadet Staat und Demokratie, sondern allenfalls ein oberflächliches Urteil.“
Soweit Ihr Zitat.

Ist es heute aber nicht vielfach so, dass angesichts des immensen Aktualitäts- und Konkurrenzdrucks die gründliche Recherche und die fundierte kritische Berichterstattung aufgegeben werden zugunsten der schnellen, auch vielleicht oberflächlichen Meinung? Demokratie lebt von der kritischen Auseinandersetzung im Ringen um die besten Lösungen. Demokratie braucht informierte, urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger. Dazu bedarf es eines verantwortungsvollen Journalismus, der Orientierung gibt, Wesentliches vom Unwesentlichen trennt, Fakten prüft und Zusammenhänge darlegt. Mit anderen Worten: eine seriöse, verlässliche, qualitätsvolle Berichterstattung, die eine freie Meinungsbildung ermöglicht. Und hier sehen wir insbesondere für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gute Chancen, ohne sich neuen Trends und Formaten zu verschließen.

Anwesend sind heute Abend auch Damen und Herren des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates. In diesen Gremien wird auch immer wieder diskutiert, einerseits über die Aufgabe, die Qualität des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks zu sichern, aber andererseits natürlich auch über neue Trends und Formate, diese eben immer im Blickfeld zu haben und in die Zukunft gerichtet zu sein.

Ein zweiter Punkt, der mir bedeutsam erscheint, ist die rasante Entwicklung sozialer Netzwerke und Kommunikationsplattformen im Internet. Die Möglichkeit, sich in Sekundenschnelle lokal oder weltweit mit einer Gemeinschaft im virtuellen Raum auszutauschen – Fotos, Videos und beliebige Daten zu übermitteln, zu bearbeiten und weiter zu versenden, ist faszinierend – gewiss. Doch wie ist die Bedeutung eines wachsenden Laienjournalismus zu bewerten, wenn jeder Handybesitzer oder Internetnutzer zum selbsternannten Reporter/Reporterin werden kann? Wie steht es mit der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit dieser Informationsvermittlung, die keiner redaktionellen Kontrolle unterliegt und was bedeutet sie für den professionellen Journalismus? Nicht minder spannend ist die Möglichkeit über solche Plattformen ad hoc eine beliebig große Gruppe von Menschen zu mobilisieren. Ich sage nur das Stichwort „Stuttgart 21“ oder die Ereignisse in den arabischen und afrikanischen Ländern, auf die ich hinweisen kann und

darf. Das heißt, dass dies auf demokratische Prozesse einen gewichtigen Einfluss ausüben kann. Protestbewegungen, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Wählermobilisierung – in jedem Fall bergen die sozialen Netzwerke und Kommunikationsplattformen ein großes Potenzial für Veränderung und Wandel.

Wandlungsprozesse, das Thema des heutigen Abends, trifft in besonderer Weise auch auf unseren Referenten persönlich zu. Es ist meine Aufgabe, ihn jetzt kurz vorzustellen.

Ulrich Wilhelm wurde 1961 in München geboren und seine – nach eigenen Wörtern – erste berufliche Leidenschaft galt dem Journalismus. Nach Abschluss der Deutschen Journalistenschule mit dem Redakteursdiplom wendet sich Ulrich Wilhelm der Rechtswissenschaft zu, ohne dabei seine erste Leidenschaft aus den Augen zu verlieren. Neben dem Jurastudium arbeitet er als freier Journalist, zuletzt in der Chefredaktion des Bayerischen Rundfunks. 1991 tritt er in den Staatsdienst ein, wo ihn sein Weg zum Bayerischen Staatsministerium des Innern und in die Bayerische Staatskanzlei führt, schließlich als Amtschef in das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Dann kam der Ruf nach Berlin. Auch die Bundeskanzlerin hat den Journalisten aus Leidenschaft entdeckt. Jetzt verlagert sich

die Laufbahn von Ulrich Wilhelm auf das bundespolitische Parkett. Die Bundeskanzlerin ernennt ihn 2005 zum Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und zum Regierungssprecher im Range eines beamteten Staatssekretärs. Auch in seiner neuen Funktion erwirbt sich Ulrich Wilhelm hohes Ansehen. „Merkels bester Mann“, (Spiegel online, Welt online) „Der Erklärer für die Kanzlerin“, „Merkels Schattenmann fürs große Ganze“ (Spiegel online); „Sprachrohr mit Stil“ (TAZ). Das sind nur einige der Attribute, mit denen die Presse ihn belegt. Er habe den Blick des Historikers, meint der Herausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher. Und im Spiegel ist zu lesen, er denke in langen Linien – das kann ja interessant werden auch für den neuen Intendanten des Bayerischen Rundfunks. Nach der bisher längsten Amtszeit eines Regierungssprechers ist Ulrich Wilhelm nun quasi zu seinen Wurzeln zurückgekehrt. Weitblick, Professionalität und ein Herz, das für Bayern schlägt – auch das ist wichtig für den Bayerischen Rundfunk. Das sind sicherlich Eigenschaften, die auch dem neuen Intendanten des Bayerischen Rundfunks zugute kommen werden.

Sehr geehrter Herr Wilhelm, wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen und freuen uns dann natürlich auch auf eine angeregte Diskussion. Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich noch einmal für Ihre Teilnahme, vor allem

auch noch einmal den Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche uns einen interessanten Abend. Nach dem offiziellen Teil gibt es wie immer auch einen Imbiss draußen. Dazu sind Sie alle herzlich eingeladen, dabei können wir dann die Gespräche weiterführen. Vielen Dank und nun hat das Wort Herr Professor Oberreuter.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Direktor der Akademie für Politische
Bildung Tutzing/Universität Passau

Einführung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr verehrter Herr Vogel,

ich muss Sie beide adressieren, denn ohne Sie gäbe es die Akademiegespräche nicht. Ihr Verdienst, Frau Stamm, ist, dass Sie uns die Fortsetzung dieser Reihe ermöglicht haben, die gemeinsam mit Ihrem Vorgänger Johann Böhm gegründet worden ist: Unterfranken ist einfach ein Hort der Intellektualität. Ich entschuldige mich zugleich bei allen Altbayern! Und ohne Jochen Vogel gäbe es überhaupt keine Akademiegespräche, weil es keine Akademie gäbe. Er ist derjenige gewesen, der – heute sagt man so schön – als Hilfsreferent bei Ministerpräsident Hoegner das Akademiegesetz in seiner glänzenden und über die Jahrzehnte unangreifbaren Struktur entwickelt und – na ja, unter Beistand der Landtagsmehrheit – in Kraft gesetzt hat. Dies ist vielleicht sogar – natürlich aus Akademiesicht – Ihr größter Verdienst, Herr Vogel, neben all den anderen, die wir natürlich jetzt hier nicht erwähnen dürfen.

Verehrte Gäste, meine Damen und Herren! Dietrich Schwarzkopf, den ich hier nicht vorzustellen brauche, hat jüngst bei seiner Verabschiedung als Vorsitzender der Historischen Kommission der ARD – mit 83 wohlgemerkt – darüber nachgedacht, wozu wir eigentlich öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen. Was ist der Mehrwert? Und er hat – anders

als es gelegentlich andernorts passiert – süberlich zitiert. Bei Paul Kirchhof hat er in einem Gutachten folgende Bemerkung gefunden:

„An dem Vorzug eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems für die Kultur, die Demokratie, die Urteilskraft und die Erwerbsbedingungen in einem Gemeinwesen hat jeder Inländer teil, mag er auch das Angebot individuell nicht nutzen oder nicht nutzen können. Er ist durch die medienbedingte oder mediengestützte Informationskultur mit begünstigt.“

Mithin ist der entscheidende Punkt: Die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schafft eine Informationskultur, eine Informationsbasis, einen Informationsstil – zumindest kann sie es tun. Schwarzkopf vergisst natürlich nicht, auf Karlsruhe hinzuweisen, das ja auch von der Integrationsfunktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesprochen hat. Also: Wie hält Gesellschaft zusammen? Wie kann sie zusammenkommen, wenn es nicht Medien gibt, die die unterschiedlichen pluralen Kräfte miteinander ins Gespräch bringen? Das sind Zusammenhänge, die haben wir früher viel intensiver diskutiert, als wir es heute tun.

Karlsruhe hat in diesem Kontext sogar von der „dienenden Freiheit“ der Medien gesprochen. Das möchte ich gelegentlich Journalisten erzählen: die dienende Freiheit der Medien, Dienst an der Integration der Demokratie. Wir wissen alle, dass die

Informationsfunktion in diesen Urteilen ganz oben steht, und dass Bildung und natürlich auch Unterhaltung legitimiert werden. Wir wissen eigentlich, dass wir stolz zu sein haben auf diese von den Briten – nach dem Vorbild der BBC – in der Nachkriegszeit nach Deutschland importierte Rundfunkform, die sich ja sehr stark unterscheidet von privatisierten Medien. Die Amerikaner sind glücklich, soweit sie auch Public Broadcast haben, weil sie das, was sie sonst so sehen müssen – zumindest wenn sie intelligent sind –, nicht in gleicher Weise schätzen. Ich drücke mich jetzt zurückhaltend aus. Nur meine Damen und Herren, dies ist, wenn Sie so wollen, natürlich die Einführung für die medienpolitischen Bilderbücher.

Selbstverständlich gibt es erhebliche Kritik an der Symbiose von Politik und Medien, die ja beide sehr aufeinander angewiesen sind. Ohne Medien wird nichts öffentlich. Ohne Medien gibt es keine Chance für irgendeine politische Position, in der Gesellschaft wirksam zu werden. Uns schwant, nach welchen Gesetzmäßigkeiten von Nachrichtenwerten die politisch relevanten oder irrelevanten Tatbestände und Tatsachen ausgewählt oder nicht ausgewählt werden. Bundestagspräsident Norbert Lammert – aber manchmal habe ich auch von der hiesigen Präsidentin schon einen leichten Stoßseufzer gehört – weist immer wieder darauf hin, dass die parlamentarische Öffentlichkeit auch eine medienvermittelte

Öffentlichkeit zu sein hätte. Da kranken wir ein bisschen. Wir schieben die wichtigen parlamentarischen Diskussionen im Grunde in die Spartenprogramme ab, aber machen sie nicht mehr insgesamt und allgemein zugänglich.

Das zweite, was natürlich gesagt werden muss, ist, dass Medien, aber auch die Politik, sich weitgehend verpflichtet fühlen, die politischen Ereignisse zu inszenieren und zu theatralisieren. Aber wir reden von Wandlungstendenzen. So läuft das nicht. Nicht einmal die perfekte Kampagne der Sozialdemokratie im Jahre 1998 war ganz so neu wie sie uns erschienen ist. Die Geschichte kennt Vorstufen: das Levée des Sonnenkönigs war nichts als eine Inszenierung. Also: Wo liegt der Nachrichtenwert, wenn ich Ludwig XIV. bei seinem Gang auf den Potschamperl zuschauen kann? Nichts als eine Inszenierung. Das numinose Sich-Zeigen des Herrschers, von dessen Berührung übrigens heilende Wirkung erwartet worden ist, war nichts als eine Vorführung, und die prächtige Präsentation des barocken Hofes vor dem Volk war auch nichts anderes als eine Show.

Zwischen diesen Zeiten und der heutigen Mediendemokratie lagen natürlich Aufklärung und Demokratisierung. Aber beide – Aufklärung und Demokratie – haben ja gerade die Macht der Öffentlichkeit betont. Insofern kann man nun nicht unter diesen neuen Voraussetzungen eine

rhetorische und theatralische Abstinenz erwarten. Schon gar nicht in einer Massendemokratie, in der Politik nach wie vor im Wesentlichen durch Massenmedien vermittelt wird – und, Frau Präsidentin, den sozialen Medien kann man viel Positives wie Negatives nachsagen, aber sozial integrierend wirkt das einsame Sitzen vor dem Schirm nicht. Da sind die alten Medien immer noch überlegen.

Schon für Aristoteles bestand gute Rhetorik in der klassischen Einheit von überzeugendem Argument, der Übereinstimmung mit den Lebensweisen des Publikums und der Erregung starker Gefühle. Das heißt nichts anderes als die gute Inszenierung substantieller Informationen.

Meine Damen und Herren, für heute formuliert man mit dieser Erinnerung schon einen kritischen Maßstab, da ja unweigerlich sogleich die Frage nach den substantiellen Informationen, also nach den überzeugenden Argumenten in diesem Inszenierungsprozess auftaucht. Bloßes personenbezogenes Ereignismangement nach den Regeln der Fernsehdemokratie impliziere jedoch – jetzt zitiere ich eine Gutachterkommission für den Bundespräsidenten über das Fernsehen und seine Wirkung – „*eine Rückkehr zur höfischen Öffentlichkeit, weil sich die politische Repräsentation von der Vertretung des Volkes zur Darstellung des eigenen Amtes entwickelt*“. Ich würde

gerne hinzufügen: auch zur Darstellung der eigenen Person. Und wenn ich noch verwegener sein will: auch zur Darstellung und Verschönerung eigener problematischer politischer Positionen. Jetzt will ich niemanden beleidigen, weil das Problemfeld umfassender ist. Nur, was wir im Augenblick an politischer Inszenierung von öffentlicher Besorgnis erleben, wirft durchaus die Frage auf, ob eine Sicherheitsüberprüfung der Atomkraftwerke, die jetzt ohne Tabus stattfinden soll, vor sechs Monaten nach einem langen Vorlaufprozess leichtfertig abgelaufen oder zu manipulierten Ergebnissen gekommen ist. Ich glaube nicht, dass man mit derlei Kommunikationsgestaltung Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Demokratie gewinnt oder zurückgewinnt. Das ist nämlich unser Problem.

Um all das herum ranken sich die üblichen Argumente – nämlich das Argument, das Fernsehen habe zur Visualisierung alles Politischen beigetragen, und was nicht visualisiert werden könne, sei nicht vermittelbar. Zur Personalisierung: Für jedes Argument brauche man einen Kopf, was ja nicht ganz falsch ist, weil Köpfe auch Vertrauen an sich binden können. Aber Köpfe alleine sind keine Problemlösung. Charisma, meine Damen und Herren, auch das haben wir jüngst gesehen, Charisma transzendent und löst kein einziges politisches Problem. Und Charisma transzendent auch nicht das Institutionensystem.

Das letzte, was man sagen muss, ist natürlich die Diskussion um die Emotionsalisierung alles Politischen durch diese Trends, welche Frau Präsidentin schon angesprochen hat. Denn die Fachliteratur ist hierzu unsäglich breit. Sie ist in Amerika sehr viel weiterentwickelt als bei uns und sie ist auch empirischer fundiert als bei uns. Sie zeigt, wie Fernsehdemokratie die Politik verändert hat. Nur am Rande und für unser Thema nicht zentral: Was ich letzte Woche in Amerika zur Kenntnis genommen habe, ist, dass entgegen allen öffentlichen Vorurteilen sich empirisch herausgestellt hat, dass Barack Obama mit seiner Medien- und Internetkampagne nicht mehr kleines Geld eingeworben hat als Bush. Hat das wer in Deutschland gewusst? Niemand hat das gewusst. Wir haben Nachholbedarf in der Realisierung dessen, was in der internationalen Forschung an Erkenntnissen vorliegt.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Referent des heutigen Abends uns auf die Sprünge hilft. Er ist, als er den Freistaat Bayern verlassen hat, paradoixerweise zum mächtigsten Bayern in Berlin aufgestiegen. Das wiederum hat Berlin sicher gut getan. Und jetzt, Herr Wilhelm, hoffe ich doch sehr, dass Sie uns gut tun werden.

**Wandlungsprozesse:
Demokratie und Medien**

Ulrich Wilhelm

Intendant des Bayerischen Rundfunks

Vortrag

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrter Herr Professor Oberreuter,
sehr geehrter Herr Dr. Vogel,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich ganz herzlich für die große Ehre, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen.

Das Thema Demokratie und Medien ist im wahrsten Sinne des Wortes abendfüllend und ich bezweifle, dass es mir gelingen wird, heute abschließende Antworten zu finden auf alle Fragen, die sich zwangsläufig stellen, wenn man sich mit den Wandlungsprozessen in Demokratie und Medien beschäftigt. Wobei ich auch gleich zu Beginn sagen möchte: Viele der Fragen, auf die ich näher eingehen werde, stellen sich nicht nur in Deutschland, sondern in vielen westlichen Ländern. Ich habe unzählige Stunden am Rande von Gipfeltreffen dazu genutzt, mich mit Journalisten und Sprechern anderer Regierungen aus ganz unterschiedlichen Erdteilen über diese Fragen auszutauschen. Wir haben dabei alle stets den Eindruck gewonnen, dass wir es mit globalen Trends zu tun haben, die überall dort auftreten, wo das Internet und elektronische Medien eine wichtige Rolle spielen, wo komplexe Gesellschaften mit einem Medienmechanismus konfrontiert sind, der zu Emotionalisierung und zu Hektik im Abwechseln der Agenda führt. Das stellt ein schwer zu lösendes Problem dar.

Herr Professor Oberreuter wollte mich eigentlich zu einem anderen Thema überreden. Wir haben uns darüber im Vorgespräch noch einmal scherhaft ausgetauscht. Er hätte heute gerne eine – wie er sich ausdrückte – „Regierungserklärung des neuen Intendanten“ gehört. Bei aller Wertschätzung musste ich ihm diesen Wunsch leider abschlagen.

Auch wenn ich in den vergangenen Jahren berufsbedingt immer wieder intensive Berührungen mit „Regierungserklärungen“ hatte, habe ich mein neues Amt bewusst nicht nach diesem Muster angetreten. Mir geht es darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen ich auch einige hier im Saal sehe, in die anstehenden Veränderungsprozesse einzubeziehen. Und das kann nur funktionieren, wenn ich von ihnen viele Ideen, Anregungen und Vorstellungen aufnehme und dann erst meine Schlussfolgerungen ziehe.

Was ich Ihnen heute jedoch gerne vortragen möchte, sind meine Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Politik und Medien. In diesem Sinne ist das Thema des heutigen Abends zu verstehen, das Professor Oberreuter auf den Punkt gebracht hat mit:

Wandlungsprozesse:

Demokratie und Medien

Diese Wandlungsprozesse haben mich mein Leben lang intensiv beschäftigt – als gelernter Journalist, als Jurist und

als Beamter, der immer im politiknahen Bereich gearbeitet hat (mit Ausnahme einiger weniger Monate, die ich in der Kommunalaufsicht tätig war).

1981, ich war damals gerade Wehrpflichtiger und nicht überbeschäftigt in der Kaserne in Erding, bekam ich Post von meinem Vater mit einem Zeitungsausschnitt über die anstehende Aufnahmeprüfung an der Deutschen Journalistenschule. Er hat das verbunden mit einer Empfehlung seines Klassenkameraden Walther von La Roche, mit dem er das Wilhelmsgymnasium in München besucht hatte. Walther von La Roche war viele Jahre Nachrichtenchef im Hörfunk des Bayerischen Rundfunks und als Autor sehr berühmter und guter Bücher Lehrmeister für Generationen von Journalisten. Dieser kluge und zugleich lebensfrohe Mann, der leider viel zu früh gestorben ist, hatte mich in Begegnungen immer wieder beeindruckt und ich beschloss, seiner Empfehlung zu folgen: Von 1981 bis 1983 habe ich noch vor Beginn meines Studiums die Deutsche Journalistenschule absolviert, um dann – Sie hatten es erwähnt, Frau Präsidentin – im Laufe meines Studiums journalistisch als Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehreporter zu arbeiten – damals noch in einer alten, heute geradezu fossil anmutenden Medienwelt. In der Zeitung wurde noch mit Bleisatz gearbeitet, was bedeutete, dass man nachts, wenn Artikel umzuschreiben waren, tatsächlich das Blei

umgießen musste. Im Hörfunk waren wir mit schweren Tonbandgeräten unterwegs und im Fernsehen sogar noch mit großen Teams und 16-Millimeter-Film.

Es war eine Zeit, in der es sich die Öffentlich-Rechtlichen leisten konnten, mitunter gravitätisch und auch träge aufzutreten. Für heutige Maßstäbe kaum vorstellbar ist beispielsweise, dass die Radioprogramme meines Senders nach den Kabinettsitzungen in die Staatskanzlei schalteten. Dort stand der Regierungssprecher am Mikrofon und informierte live und in aller Ausführlichkeit über die jüngsten Beschlüsse des Ministerrats – mit einer Anmoderation von Michael Stiegler: „Was gibt es Neues, Herr Eberle?“

Das Frühstücksfernsehen war noch nicht erfunden. Die Nachtausgaben der Nachrichtenformate gab es nicht, stattdessen ein Testbild mit einem penetranten Signalton, der all diejenigen aus dem Schlaf holte, die vor dem Fernseher eingeschlafen waren.

Damals gab es bekanntermaßen auch keine Onlinemedien, keine kommerziellen Privatsender. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk musste sich nur der Konkurrenz durch Zeitungen und Zeitschriften stellen. Das war eine vorwiegend komplementäre Marktsituation, da die Blätter in der Regel erst am nächsten Tag erschienen.

Neben den Programmen des Bayerischen Rundfunks konnte ich als junger Mann mit dem Kofferradio bereits „Radio M 1“ empfangen – einen Piratensender, der von Südtirol aus nach München einstrahlte. RTL sendete von Luxemburg aus nach Deutschland und wurde so zum Wegbereiter für den kommerziellen Rundfunk, der auch ohne die Markttöffnung hierzu lande über die Satellitenausstrahlung aus dem Ausland sowieso nach Deutschland gekommen wäre.

Heute, im Zeitalter einer sich ständig beschleunigenden Digitalisierung, die ihre naturwissenschaftliche Grundlage in der Miniaturisierung hat, ereignen sich die Veränderungen und Umwälzungen des Medienmarktes in einem Tempo, das ich mir damals nie hätte vorstellen können. Mit jedem neuen technischen Gerät werden Kaskaden an Veränderungen ausgelöst. Technologische Neuerungen beeinflussen sowohl die Nutzergewohnheiten jedes einzelnen, als auch die Produktionsbedingungen der klassischen Medien. Früher gab es bekanntermaßen in der Zeitung nur ein Layout, nämlich das der gedruckten Zeitung. Heute müssen die Redaktionen, ohne dass sie dafür zusätzliche Einnahmen im erforderlichen Umfang bekommen, eigene Layouts für Smartphones, für iPads, für den PC entwerfen und immer neu konfigurieren.

Als ich 1999 in der Staatskanzlei die Medienabteilung übernahm, wurde gera-

de der 4. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag verabschiedet. Mittlerweile sind wir bei der 15. Änderung angekommen. Allein in dieser schnellen Abfolge der Gesetzgebung spiegelt sich die unglaubliche Dynamik.

Die Politik – von der europäischen Ebene in Brüssel über die Bundesebene in Berlin bis hin zur Landesebene – muss ständig reagieren und neue Antworten finden, weil sich die Bedingungen fortlaufend ändern. Die angestammten Medien konkurrieren heute mehr denn je mit neuen Unterhaltungsangeboten. Die Videothek steckt mittlerweile im Fernseher. Daneben steht die Spiele-Konsole, und die Musik kommt aus dem Internet.

Hatten wir in meinen Berufsanfängen drei, manchmal fünf Fernsehprogramme, buhlen heute Hunderte von Satelliten-kanälen um die Gunst der Zuschauer – um ein Publikum, das immer weniger gemeinsame Medienerlebnisse hat, weil sich die Nachfrage auf immer mehr Angebote verteilt. Die Medien büßen damit zumindest quantitativ einen Teil ihrer so wichtigen Bündelungsfunktion ein. Wie kaum ein anderer Akteur in der Gesellschaft können Medien ein Forum schaffen.

Ich glaube, dass jede Gesellschaft – auch unsere macht hier keine Ausnahme – ein Gemeinschaftsgefühl braucht, Gemeinschaftserlebnisse und auch starke Klam-

mern. Dieser Kitt, wie das vielfach auch bezeichnet wird, der soziale Kitt, der alles zusammenhält, muss immer wieder neu gesucht und gefunden werden.

Der französische Staatsdenker Alexis de Tocqueville hat das schon vor über 170 Jahren in seiner berühmten Schrift „Über die Demokratie in Amerika“ zum Ausdruck gebracht. Er schreibt und ich darf zitieren:

„Es ist nun leicht zu erkennen, dass es keine Gesellschaft gibt, die ohne gleiche Überzeugungen gedeihen kann, oder besser gesagt, es gibt keine, die ohne sie fortdauert; denn ohne gemeinsame Ideen gibt es kein gemeinsames Handeln, und ohne gemeinsames Handeln existieren zwar Menschen, aber nie ein Gesellschaftskörper. Damit ein Staat sich bilde, und erst recht, damit er gedeihe, müssen die Bürger immer durch einige Grundideen vereinigt und zusammengehalten werden.“

Welche Grundideen eine Gesellschaft zusammenhalten, darüber kann und muss man lange streiten. Ist es beispielsweise gut oder schlecht, wenn sich ein Drittel der Nation vor den Bildschirmen versammelt, um Dieter Bohlen oder Heidi Klum zu sehen? Darüber hat jeder von Ihnen seine eigene Meinung und darüber tauschen wir uns jeden Tag – unter anderem in den Medienseiten der Zeitungen – intensiv aus.

Tocqueville hätte sich mit diesem Befund vermutlich schwer getan. Was ihn begeisterte, war die Demokratie als gelebte Gleichheit – eine Welt, in der jeder seine Chance bekommen soll, ohne gedemütigt zu werden. Ihm ging es zentral um die Gewährleistung der Menschenwürde und der Grundrechte.

Das was nachmittags insbesondere in privaten Fernsehkanälen an Scripted Reality, Gerichtsshows und anderen Formaten läuft, genügt diesem hohen Anspruch nicht. Das werden auch die Macher nicht bestreiten. Allerdings sehen sie mitunter ihre Produkte nicht in der Gesamtverantwortung, diesem Anspruch an jedem Tag zu genügen und die gesellschaftlichen Folgen auch jeweils zu kalkulieren.

Für mich als Verantwortungsträger im Bereich der Medien bedeutet das, sich intensiv mit der Frage auseinanderzusetzen: Für welches Menschenbild, für welches gemeinsame Bild unserer Gesellschaft wollen wir stehen? Wie können wir unsere Mitverantwortung für den Zusammenhalt des Landes erfüllen, die Medien immer haben, ob sie diese Verantwortung annehmen oder nicht?

Wir haben es mit mündigen Menschen, mit mündigen Zuhörern, Zuschauern und Online-Nutzern zu tun. Also mit Menschen, die wir in ihrem Geschmack und in ihren Präferenzen nicht bevormunden dürfen, die wir aber in die Lage versetzen

müssen, selbst Teil des demokratischen Willensbildungsprozesses zu werden und auch teilzuhaben an allen aktuellen Entwicklungen, sei es in der Wirtschaft, in der Politik, in der Wissenschaft, in der Kultur oder auch in allen Bereichen des sozialen Lebens. Das sind hehre Ziele, werden nun manche sagen und die Medienprofis hier im Saal sind sicher schon gespannt auf die Quoten, die sich mit einem so ambitionierten Ansatz erzielen lassen.

Ich rede hier auch keinem Kulturpessimismus das Wort. Jede Zeit muss ihre Antworten finden und ich glaube auch, dass technische Neuerungen nie per se gut oder schlecht sind, sondern dass sie immer Chancen und Potenziale für beides bieten. Das Internet ist ein Medium, das Freiheit und sehr viele Entfaltungsmöglichkeiten gebracht hat, das auch den Menschen in Diktaturen und Ländern mit einer kontrollierten Öffentlichkeit die freie Vermittlung von Informationen, die Aufnahme von Informationen ermöglicht. Deshalb tun wir auch gut daran, diese Entwicklung nicht zu geißeln, sondern sie in ihrer Gesamtheit zu sehen und anzunehmen.

Für die Frage, welche Verantwortung Medien wahrnehmen und wie sie diese ausüben, ist die Ausgangslage allerdings nicht wirklich optimal: Vermeintliche Superstars, Topmodels, Dschungelcamp-Bewohner und andere, holen regelmäßig gute Marktanteile.

Es gibt eine sehr interessante Umfrage, die regelmäßig gemacht wird und die den Befund schlaglichtartig beleuchtet. Dort wird gefragt: „*Nehmen wir einmal an, Sie könnten in Zukunft nur noch einen Fernsehsender empfangen: Für welchen Sender würden Sie sich dann entscheiden?*“

Auf diese Frage antworten über 30 Prozent der Menschen mit einem hohen politischen Interesse: das Erste Deutsche Fernsehen. In dieser Gruppe mit einem hohen politischen Interesse nennen 20 Prozent das ZDF, für die Dritten Fernsehprogramme würden sich 15 Prozent aus dieser Bevölkerungsgruppe entscheiden. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit also für die Öffentlich-Rechtlichen bei politisch interessierten Menschen.

Fragt man dagegen diejenigen, die sich selbst nur ein geringes politisches Interesse attestieren, kommt RTL auf über 30 Prozent, Pro7 auf 15 Prozent, das Erste liegt bei 12, das ZDF bei 6 und die Dritten bei 7 Prozent.

Das ist ein ernüchternder Befund und stellt Häuser wie das unsere vor die schwierige Frage, wie wir mit einer dermaßen gespaltenen Öffentlichkeit umgehen sollen. Denn der Teil der Gesellschaft, der sich nicht besonders für Politik interessiert, wird größer – auch unter jungen Menschen. Wir erleben das in vielen westlichen Ländern, was sich auch immer

wieder in Wahlenthaltung ausdrückt. Warum gibt es überhaupt so viele Menschen, die sich kaum noch für Politik interessieren, und können wir das möglicherweise beeinflussen?

Es gibt einzelne Indizien, zum Beispiel dass viele Menschen Unterhaltungsformate sehr gerne annehmen, weil der Alltag zunehmend als belastend empfunden wird, weil man sich überfordert fühlt von beängstigenden politischen Entwicklungen. Komplexität wird häufig beantwortet mit Eskapismus, also mit einer Flucht in die Ablenkung und in Formate, die am Feierabend nicht auch noch belasten.

Das kann allerdings nicht der Maßstab des Qualitätsjournalismus sein. So sehr diese Überlegungen einzelner Menschen auch verständlich und gut nachvollziehbar sind bei den Belastungen, die das moderne Berufsleben mit sich bringt – wahr ist und bleibt, dass die Demokratie aktive und gut ausgebildete Journalisten braucht; Journalisten, die versuchen, die wahren Hintergründe möglichst objektiv zu beleuchten. Nur so kann eine welfene, freie und pluralistische Gesellschaft gedeihen.

Wer die deutsche Presse- und Rundfunklandschaft genauer studiert, wird schnell feststellen, dass der gute alte Journalismus kein Auslaufmodell ist. Die journalistische Ausbildung ist auf einem hohen

Niveau. Die Kolleginnen und Kollegen beherrschen ihr Handwerk. Sie können Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden. Sie sind in der Lage, Informationen so zu komprimieren und zu verpacken, dass sie von der Öffentlichkeit verstanden werden. Sie legen Wert auf saubere Recherche und haben gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen.

Die journalistischen Seismographen sind in Deutschland empfindlich eingestellt. Und wenn es darauf ankommt, funktionieren die Warnsysteme. Und doch ist der Qualitätsjournalismus in den vergangenen Jahren unter Druck geraten. Viele Journalisten teilen eine gemeinsame Sorge: Es ist die Sorge vor Qualitätsverlust, vor Verlust der redaktionellen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.

Journalistische Untergangsszenarien sind freilich nicht neu. Schon seit Jahrzehnten werden Systemfehler konstatiert und erörtert, besonders pointiert zum Beispiel von Jürgen Habermas in den Sechzigerjahren. Die Kritik am Zustand der Massenmedien ist nie abgerissen. Das Fernsehen habe die Welt radikal verändert, meinte Helmut Schmidt schon vor über 30 Jahren und forderte einen fernsehfreien Tag pro Woche. Verglichen mit heute waren die Veränderungen damals jedoch gering.

Ging es früher mehr oder weniger um die schleichende Machtverschiebung in

einem bestehenden System klassischer Medien – das Fernsehen bekam im Lauf der Jahre einen immer höheren Stellenwert –, haben wir es heute mit einer veritablen Revolution zu tun. Klassische Medien haben ihr Informationsmonopol eingebüßt und ihre mediale Deutungshoheit in großem Umfang verloren. Im Internet entstehen neue Kommunikationsformen. Frau Präsidentin, Sie hatten darauf hingewiesen in Ihrer Einführung: Blogs oder Twitter sowie Facebook und andere soziale Netzwerke haben das klassische Sender-Empfänger-Prinzip auf den Kopf gestellt. Und das Internet ist erst am Anfang seiner Möglichkeiten. Die mobile Kommunikation ist der Standard der Zukunft. Das Fernsehen wird hybrid und verheiratet das alte lineare Programm mit dem Internet-Anschluss.

Wir müssen begreifen und annehmen, dass die Menschen souveräner mit ihrer Zeit umgehen, dass sie mit uns Medienmachern ins Gespräch kommen wollen – über Rückkanäle in einem interaktiven Internet oder über unmittelbare Begegnungen. Die Zeiten, in denen sich Journalisten als vierte Macht im Staate begreifen konnten, sind definitiv vorbei. Gebraucht werden wir aber dennoch – sogar mehr denn je – als Lotsen in einer weltweiten Flut von Informationen.

Landesgrenzen spielen praktisch keine Rolle mehr und Telefonkonzerne verkaufen im Internet Fernsehfilme und

Fußballspiele. Wir erleben gerade, dass über die Medienanbieter und die Welt des klassischen Rundfunks hinaus im Internet auch ganz neuartige Anbieter auf den Plan treten, dass auch rechtlich die Grenzen zwischen Rundfunk und Telekommunikation, die auf unterschiedlichen Regulierungsebenen beheimatet sind, diffus werden.

Der dadurch entstehende enorme Wettbewerbsdruck auf die etablierten Medien hat eine sehr problematische Begleiterscheinung. Medienhäuser sind personalintensiv und sinkende Gewinne müssen leider vielfach dadurch kompensiert werden, dass Stellen oder die Ausstattung auch in Korrespondentenbüros gekürzt werden. Gleichzeitig hat die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit in Ministerien, in Verbänden und in der Gesellschaft insgesamt deutlich aufgerüstet. Die Armada von Öffentlichkeitsarbeitern trifft dann auf ausgedünnte Redaktionen, die zusätzlich im Wettbewerb stehen, eine Nachricht als Erste auf den Markt zu bringen. Wer am schnellsten auf Ereignisse reagiert, wer die erste Meldung zu einem Thema herausgibt, hat vielfach die besten Chancen, zitiert zu werden oder – wie es in der Hörfunk- und Fernsehsprache heißt – einen „O-Ton“ abgeben zu dürfen.

Unter dem wachsenden Rationalisierungsdruck leidet zwangsläufig die Recherche. Journalisten werden anfälliger für Themensetzungen von außen. Findige

PR-Strategen, die sich dessen in internen Sitzungen rühmen, wissen das zu nutzen und platzieren Botschaften gerne dann, wenn Medien besonders abgelenkt sind durch andere Themen. Oder aber in nachrichtenarmen Zeiten, in denen es leichter fällt, weniger marktgängige Botschaften in der Agenda nach oben zu hieven.

Weiterer Wettbewerbsdruck entsteht durch die Konvergenz der Medien. Mit dem Internet sind auch die Printkolleginnen und -kollegen ständig auf Sendung. Die Kategorie des Redaktionsschlusses, die früher von großer Bedeutung war, hat an Relevanz verloren. Online-Angebote wie etwa Spiegel online, Süddeutsche.de und viele andere können den klassischen Nachrichtensendungen der elektronischen Medien ernsthaft Konkurrenz machen. Die Tagesschau und der Spiegel spielen in dieser Hinsicht unvermittelt auf einem Feld.

Eine weitere Entwicklung, die vielfach beschrieben und beklagt wurde: Die meisten Medien fokussieren sich dabei auf immer weniger Themen. Der Effekt ist, dass ein Thema das nächste jagt, dass Themen zu einem Hype „hochgejazzt“ werden, dass sie alle Schlagzeilen dominieren, dass es Sondersendungen gibt in Hülle und Fülle – dass hinterher aber auch nicht mehr sorgfältig nachgeschaut wird, was aus einem Thema geworden ist, wie eine Entwicklung dann eigentlich weitergegangen ist oder aber, wie sich eine Entwicklung

aufgebaut hat. Diese Nachhaltigkeit in der Vorgeschichte eines Themas und auch in der Nachschau dessen, was dann weiter passiert ist, fehlt zunehmend.

Eine alte Erfahrung im Medienbetrieb ist, dass lieber über Menschen, über politische Reibereien und Rivalitäten berichtet wird als über sachliche Differenzen. So wächst die Gefahr, dass Wichtiges auf der Strecke bleibt, wenn Emotionen fehlen, wenn ein Thema zu kompliziert ist. Dahinter steckt vielfach kein böser Wille, es ist vielmehr eine Mediengesetzmäßigkeit, die es – nach meiner eigenen Erfahrung – immer schon gab, die aber heutzutage noch verschärft ist. Manchmal fehlen auch einfach nur die passenden Bilder, um ein Thema mit dem ihm zukommenden Stellenwert darzustellen.

Vielfach gilt: Ohne Bilder keine Öffentlichkeit. Spatenstiche, rote Knöpfe, Innenminister in schicken neuen Polizeiautos, Kabinettsitzungen auf der grünen Wiese, badende Oberbefehlshaber, Gipfeltreffen vor traumhafter Bergkulisse, Politiker an Steuerknüppeln, Spargel stechende Minister, Parteitage, die im Schein bunter Lichtorgeln zu Groß-Diskotheken werden: Die Kreativität von Medienberatern kennt keine Grenzen. Die Inszenierung von Politik folgt mitunter der weich gezeichneten Ästhetik kommerzieller Werbespots.

Die Frage ist nur: Lässt sich mit diesen bunten Bildern noch vermitteln, was

Politiker überhaupt tun, worum es in ihrer täglichen Arbeit eigentlich geht? Politik ist ein mühsames Geschäft, das Bohren dicker Bretter, wie Max Weber so unvergleichbar formuliert hat. Politik ist ein nie enden wollendes Für und Wider, eine Abwägung, eine Kleinteiligkeit, ein Wettstreit der Meinungen. Politische Diskussionen erstrecken sich bisweilen über Jahrzehnte, manchmal über Jahre, zumindest aber über Monate, und das ist in einer Medienwelt, die von Tag zu Tag angelegt ist, mitunter schwer abzubilden. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass dieses Dilemma viele kluge journalistische Köpfe beschäftigt, bewegt und auch besorgt macht – und dass sie versuchen, mit diesem Spagat zu leben und immer wieder adäquate Lösungen zu finden.

Ein weiteres Thema, auch das ist in der kurzen Einführung deutlich geworden, ist die Behandlung der Parlamentsarbeit. Parlamentsdebatten und Ausschusssitzungen werden vielfach nur noch bei besonderen Anlässen verfolgt. Selbst die klassischen Nachrichtenagenturen können – das kann ich aus meiner Berliner Zeit so berichten – diese Lücke nicht mehr vollständig füllen. Wenn Landtagsdebatten oder Bundestagsdebatten bis spät in die Nacht dauern, ist manchmal nur noch der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf der Pressetribüne vertreten, der sich das wegen seiner privilegierten Art der Finanzierung noch leisten kann.

Das nachlassende Interesse an parlamentarischen Beratungen, zumindest an der routinemäßigen Wahrnehmung solcher Termine, hat sicher viele Gründe. Einige hatte ich genannt: Stellenabbau in den Redaktionen, Konzentration auf wenige Themen, Erfordernisse der Emotionalisierung, der Personalisierung – all das lässt sich nicht immer in Einklang bringen.

Eine genauere Betrachtung verdient aber auch die Debatten-Kultur in den Parlamenten. Wer die parlamentarischen Abläufe nicht kennt, wer die Szenerie beispielsweise nur als Besucher von der Tribüne aus beobachtet, kann gelegentlich den Eindruck gewinnen, dass in den Plenarsitzungen unserer Parlamente nicht wirklich miteinander gesprochen wird, sondern dass Redemanuskripte vorgetragen werden. Die tatsächlich vielfach in den Ausschüssen stattfindende intensive kleinteilige Arbeit kommt dabei in der Wahrnehmung zu kurz – und damit auch eine gerechte Bewertung der Leistungen der Parlamentarier.

Wenn es nicht immer wieder gelingt, deutlich zu machen, worum es eigentlich geht und welche Abwägungen die Politik zu treffen hat, dann wird das am Ende zu einer Entfremdung vieler Menschen von politischen Abläufen führen und zu einer Gefährdung der Demokratie.

Wir sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht. Der Sozialwissenschaftler Bernhard von Mutius bringt es auf den Punkt,

wenn er sagt: „Unser Denken hält nicht Schritt mit den beschleunigten, immer komplexer werdenden Prozessen, die wir selbst angestoßen haben.“

Die Folgen einer solchen Entwicklung sind schon an den Schulen zu beobachten. Wer in Informationen ertrinkt, ohne zu verstehen, worum es im Großen und Ganzen geht, verliert leicht das Interesse und flüchtet in eine Nische, in eine Welt, in der noch alles übersichtlich erscheint.

Unter diesen Bedingungen müssen Politik und Medien Orientierung geben, ohne Wege vorzuschreiben. Sie müssen mit ihren jeweils klar voneinander abgegrenzten und unterschiedlichen Aufgaben den demokratischen Diskurs am Laufen halten. In diesem Punkt sitzen Politik und Medien in einem Boot. In Frankreich gelten beide gemeinsam als die politische Klasse, die ‚Classe politique‘, und dieses aufeinander bezogen sein und auch von-einander abhängig sein ist sicher auch bei uns eine feststehende Tatsache.

Ein Blick zurück in die Vergangenheit, zu den Anfängen der Demokratie in der griechischen Polis zeigt, dass im unmittelbaren Nahbereich, den sich jeder noch selbst erschließen kann, das Wurzelgeflecht wächst, aus dem sich die Übernahme politischer Verantwortung entwickelt kann. Eine Rolle von Medien in der Demokratie ist es, dieses Modell von der lokalen Ebene auf wesentlich größere

Gesellschaften zu übertragen. Die Medien müssen gewissermaßen ein virtuelles Forum bilden, auf dem sich die Mitglieder der Gesellschaft austauschen können.

Wie in unserer Kultsendung „Jetzt red i“ des Bayerischen Fernsehens, die dieses Jahr ihr 40-jähriges Jubiläum feiert, darf es bei diesem Austausch der Ideen ruhig bunt zugehen. Gelebte Demokratie ist alles andere als langweilig. Demokratie darf und soll sich auch ihrer Traditionen und Rituale bedienen. Auch Inszenierungen gehören zu jeder lebendigen Demokratie.

So wie gute Ideen fähige Fürsprecher brauchen, wenn sie Realität werden sollen, so wie Politik ohne Rhetorik, ohne große politische Reden nicht stattfinden kann, so braucht die Politik auch die großen Gesten: den Kniefall von Willy Brandt in Warschau, den Händedruck über den Gräbern von Verdun zwischen Helmut Kohl und François Mitterand, die Unterschrift unter einen Friedensvertrag – Bilder allemal, die Politik und Geschicke anschaulich machen. All das ist von Haus aus nicht verwerflich. Im Gegenteil: Politik wird dadurch oft erst erlebbar und nachvollziehbar. Und zugleich besteht darin der Hauptvorwurf gegen Politik und ihre mediale Umsetzung: dass man sich zu sehr der Bilder bedient. Bei näherem Hinsehen zeigt sich hier wie sonst auch: Auf die richtige Dosis kommt es an und auf die Wahl der Mittel.

Nichtssagende Rhetorik, Personenkult oder inhaltsleere Inszenierungen, das sind Fehlentwicklungen, denen sich Medien und Politik gleichermaßen stellen müssen. Journalisten müssen das politische Geschehen mehr denn je hinterfragen und nachhaltig verfolgen. Erklären – ohne zu langweilen. In die Tiefe der Themen gehen. Zusammenhänge aufdecken und sich nicht die Frage stellen (was leider immer wieder passiert), ob ein objektiv wichtiges Thema dem Publikum überhaupt zugeignet werden kann. Im Zweifel wird ein wichtiges Thema das Leben der Menschen immer einholen, und es gehört zu einer vorausschauenden redaktionellen Arbeit, die Menschen auf Themen vorzubereiten, die für ihr Leben von Bedeutung sein werden.

Das sind journalistische Herausforderungen, die wir bewältigen können, wenn wir uns um Allgemeinverständlichkeit bemühen und wenn es uns gelingt, Politik immer wieder im Nahbereich der Menschen erfahrbar zu machen. Die Frage, die wir immer wieder beantworten müssen, lautet: Was hat das Geschehen in den Parlamenten, in den Gemeinderäten, in den Stadträten mit meinem Leben und mit dem Schicksal der anderen Menschen zu tun? Das ist eine wichtige Aufgabe und eine große Chance für den Qualitätsjournalismus und auch eine Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – auch meines Hauses, des Bayerischen Rundfunks –, wenn

ich mir diese Anmerkung hier erlauben darf.

Die Zukunft des Bayerischen Rundfunks liegt in der regionalen Kompetenz, im Heimatbezug, im journalistischen Aufarbeiten der vielen Ereignisse in Bayern, im Abbilden auch der lebendigen Landschaft in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Bayern. Der Bayerische Rundfunk ist fest verwurzelt in diesem Land, das sich auch durch eine starke eigene Identität auszeichnet.

Der Wunsch nach Erklärung und der Wunsch nach Überschaubarkeit des Geschehens wird immer stärker. Und das ist keine exklusive Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien. Ich habe in den vergangenen Jahren in Diskussionen immer wieder die Beobachtung gemacht, dass die Vertreter öffentlich-rechtlicher Medien stolz darauf waren, dass sie letzter Mann in der Demokratie spielen müssen, dass ihnen in unserem Grundgesetz die unabänderliche Aufgabe zugewiesen ist, die Demokratie und die umfassende Information sicherzustellen. Ich glaube, dass das einerseits richtig ist, aber auf der anderen Seite die wichtige und unverzichtbare Rolle der Zeitungen außer Acht lässt. Ich glaube, dass diese Herausforderung nur gemeinsam bewältigt werden kann. Qualitätszeitungen und öffentlich-rechtliche Sender müssen gemeinsam die Aufgabe einer umfassenden Aufarbeitung und

Durchdringung vieler Themenkomplexe leisten.

In den Vereinigten Staaten, wo die Voraussetzungen andere sind, hat ein flächen-deckendes Zeitungssterben eingesetzt. Qualitätsmedien kommen in den USA zunehmend in die Defensive, zumal es auch – Professor Oberreuter hat darauf hingewiesen – in den USA mit dem National Public Radio (NPR) nur einen sehr schwach ausgeprägten öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. Erfolgreich sind dort mittlerweile vor allem jene Sender, die polarisieren. Auf der anderen Seite des Atlantiks vertreten manche schon die These, dass wir in einer post-journalistischen Epoche leben. Ich teile diese Auffassung jedenfalls für die kontinentaleuropäische Tradition so nicht und könnte mich damit persönlich auch nicht abfinden.

Es gibt keinen Ersatz für eine umfassende Information. Im Internet kann man schnell das finden, wonach man gezielt sucht. Das Kennzeichen einer guten Zeitung ist aber, dass sie ihre Leser täglich überrascht – dass man auch Informationen findet, nach denen man vielleicht nie gesucht hätte, die man allerdings nicht mehr missen möchte, wenn man sie gelesen hat. Das Interesse wird geweckt an vielen Themen, man wird jeden Tag ein Stück klüger und kann vieles auch nachhaltig verfolgen. Das ist bei nur punktuell informierenden Medien natürlich so nicht möglich.

Ich glaube, dass es deshalb auch wichtig ist, die Frontstellung, die es mitunter zwischen manchen Exponenten der Printmedien und manchen Exponenten der Öffentlich-Rechtlichen gibt, schnell zu überwinden. Ich meine, dass wir zu einer Medienlandschaft kommen sollten, in der wir gemeinsam unseren Platz haben – solange jedenfalls, bis die nächste technologische Innovation wieder neue Veränderungen und Aufgabenstellungen mit sich bringt.

Ich bin der Meinung, dass sich Qualitätspresse und Qualitätsrundfunk gegenseitig brauchen, dass wir wechselseitig auch als Resonanzkörper des anderen dienen. Wer die Zeitung liebt, mag auch öffentlich-rechtliche Angebote von Nachrichten, gut gemachten Dokumentationen, anspruchsvoller Unterhaltung. Und wer den Qualitätsrundfunk schätzt, gehört auch – so jedenfalls die Empirie – zum Kreis der passionierten Zeitungsleser. Wer sich nicht für gesellschaftliche Zusammenhänge interessiert, wird am Ende auf beides verzichten. Das wäre bedenklich für die Stabilität unserer Gesellschaft.

Ohne eine funktionierende Medienordnung hat auch die Demokratie auf die Dauer keine gesicherte Grundlage. Medien sind wichtige Nervenstränge in diesem politischen Gebilde, das wir unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nennen. Wer Medienpolitik dagegen zuallererst als Wirtschaftspolitik begreift,

wie es da und dort leider in Mode gekommen ist, der begibt sich auf eine schiefe Ebene. Eine gute Medienordnung ist demokratische Daseinsvorsorge. Ein rein ökonomischer Ansatz wäre verfehlt. Die Demokratie braucht die Presse- und die Rundfunkfreiheit. Beide müssen tagtäglich aufs Neue verteidigt werden.

Ich bin sehr gespannt auf die Diskussion. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Lieber Herr Wilhelm,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein bisschen Regierungserklärung war das ja schon, wenn man das alles zusammenfügt, was Sie uns freundlicherweise – und ich meine zutreffenderweise – vermittelt haben: Menschen- und Gesellschaftsbild bis zur Integration der Gesellschaft; von der Orientierungsfunktion, die die Medien in der Demokratie haben, über die Verantwortung, mit der man diese wahrnehmen muss, bis hin zur Verteidigung des Qualitätsjournalismus; ebenso bestimmte Entwicklungen, die schwer korrigierbar sind, weil doch die Ökonomie interveniert.

Für Ihren Satz, dass man in die Irre geht, wenn man Medienpolitik oder Medien nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, für diesen Satz bin ich Ihnen besonders dankbar.

Wir wollen jetzt dem Publikum die Chance geben, Herrn Wilhelms Ausführungen gemeinsam zu diskutieren.

Publikumsfrage: *Herr Wilhelm, Sie sind ja nicht der Erste, der von den Medien in die Politik wandert und mit Erfahrung auch wieder zurück. Ich brauche nur an die beiden Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt erinnern, die dann aber, als sie in die Politik gegangen sind, ein relativ schlechtes Image der Medien vermittelt haben. Ich erinnere an Willy Brandt,*

der von den Journalisten sagte, dass sie die Randfiguren einer holzverarbeitenden Industrie seien, oder aber Helmut Schmidt, der sie als Wegelagerer bezeichnet hat.

Bei Ihnen wird dieses Urteil natürlich schon deswegen fehlen, weil Sie ja nun in den Medienbereich zurückgekehrt sind.

Mich würde trotzdem interessieren, wie Sie diese Schnittstelle von Politik und Medien sehen, wo die Medien vielleicht jenseits dessen, was die Politik manchmal als negativ empfindet, doch eine hilfreiche Funktion für die Politik haben.

Ulrich Wilhelm: Vielen Dank. Zunächst eine kurze Klarstellung, weil Sie formulierten, dass ich aus der Politik in die Medien zurückgegangen sei. Ich war keinen Tag meines Lebens Politiker; ich hatte nie ein Wahlamt inne, sondern war Staatsdiener, auch beamteter Staatssekretär am Kabinettstisch. Das ist vielleicht eine kleine Differenzierung, aber eine, die mir wichtig ist. Ansonsten hätten wahrscheinlich auch etliche derer, die sich mit meinem Wechsel professionell beschäftigt haben, dies nicht als so statthaft empfunden.

Was die Empfindungen von Politikern gegenüber Medien anbelangt, ist das natürlich ein sehr weites Feld. Selbstverständlich gibt es wie bei jedem Menschen im Einzelfall auch Enttäuschungen, wenn das eigene Bemühen nicht mit positiven Würdigungen aufgenommen wird, wenn man

sich verkannt fühlt. Ich glaube, das ist in jedem Falle menschlich verständlich und hat bei allen, die ich begleiten und beobachten konnte, nie dazu geführt, dass die journalistische Legitimation in Frage gestellt wurde. Man setzt sich kritisch mit einzelnen Handlungen auseinander, aber man überschreitet die Grenze nicht und hat gute Gründe zu sagen, die Journalisten erfüllen eine wichtige Aufgabe. Umgekehrt gibt es kaum einen Journalisten, der nicht aufnahmefähig ist, wenn sich Betroffene – auch aus der Politik – persönlich melden und sagen: Wir haben ein Problem mit Ihrem Leitartikel oder mit der Zusammenfassung meines Interviews. Daraus entsteht in der Regel mehr als ein bloßes Beharren auf den jeweiligen Ausgangsstandpunkten. Oftmals führen solche Dialoge zu Annäherungen, zu einer möglichen Folgegeschichte und dergleichen mehr.

Auch Journalisten wissen in der Regel, dass es bei politischen Entscheidungen darum geht, Argumente abzuwägen – dass selten ein Argument nur richtig oder nur falsch ist, sondern dass es immer auch darauf ankommt, zukünftige Entwicklungen zu veranschlagen und zu gewichten. Politische Entscheidungen sind davon abhängig, mit welcher Entwicklung man persönlich rechnet und von welchen Werten man ausgeht. Letztlich werden die Dinge in der Abwägung entschieden. Die persönliche Situation – das ist der erste Punkt.

Zweitens gilt, dass Politiker, auch Staatsmänner in hohen Ämtern, sich natürlich intensiv Gedanken machen, ob unsere Gesellschaft und die sie prägenden Institutionen in die richtige Richtung unterwegs sind. Selbstverständlich denken auch Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister, Oberbürgermeister und andere über die Frage nach, wie sich die Parteien entwickeln. Erreichen diese noch all die Menschen für die Mitarbeit, die sie gewinnen müssen und können? In welche Richtung entwickeln sich die Medien? Welche Rolle spielen die großen Verbände?

Eine moderne Gesellschaft ist ein fein gesponnenes Geflecht von Akteuren ganz unterschiedlicher Provenienz. Ich glaube deshalb, dass ein einzelner Akteur für seinen eigenen Bereich niemals alleine darüber bestimmen kann, in welche Richtung sich dieser entwickelt. Gesellschaftliche Entwicklungen müssen in einem lebendigen Diskurs geschehen.

Medien sind daher gut beraten, darauf zu hören, was andere an ihren Entwicklungslinien kritisieren, wie sie wahrgenommen werden, was als problematisch oder zielführend empfunden wird. Die Wirtschaft sollte natürlich ebenfalls sehr intensiv hinhören, wie ihre gesellschaftliche Akzeptanz, wie ihr Rollenbild ist. Die Kirchen sind – glaube ich – ebenso gut beraten, immer wieder in die Gesellschaft hinzuhören, ob das, was sie bezeichnen, beabsichtigen, zu verkünden haben, ob

das so angenommen wird und ob Änderungen sinnvoll wären. Gleches gilt für Gewerkschaften, Regierungen usw. Ich glaube, dass man auch Politikern nicht das Recht absprechen sollte, über die Entwicklung von Medien und deren Legitimation nachzudenken. Unser Diskurs sollte ein intensives Geben und Nehmen sein.

Zu diesem Austausch der Meinungen gehören zuweilen Äußerungen, die um des Bonmots willen in die Welt gesetzt werden. Die von Ihnen zitierten sind sicher auch ein Stück diesem Umstand zuzuschreiben, dass manch einer einfach Freude an einer schönen Formulierung hat und vielleicht eine Enttäuschung des Tages oder eine problematische Entwicklung auf eine besonders griffige Formel bringen will.

Publikumsfrage: *Ich würde gerne noch einmal den Zusammenhang herstellen zwischen Qualitätsjournalismus und Ökonomie – also Geld verdienen. Heute, wo jeder alles im Grunde genommen ins Netz stellen kann, auch ungeprüft, ist für meine Begriffe Qualitätsjournalismus wichtiger denn je: Man will es einordnen können, man will auch irgendwelche Hinwendungen einer gewissen Objektivität haben. Und wenn dann auch auf der anderen Seite, ob das jetzt Verleger sind oder evtl. hoffentlich nicht öffentlich-rechtlicher Rundfunk, aber Privatsender, Honorardumping machen, Entlassungen vornehmen, dann kann keine Zeit mehr für eine Recherche*

da sein. Also, Herr Wilhelm, sind Sie mit mir einer Meinung, dass auf jeden Fall Qualitätsjournalismus erhalten werden muss, und dass, wenn man das zum Beispiel in einer Zeitung oder irgendwie in einem Rundfunksender nicht hält, dass sie sich dann ihr eigenes Grab im Grunde genommen a la longue schaufeln.

Ulrich Wilhelm: Ich hatte in meinen Eingangsausführungen genau in Ihrem Sinne auch die Feststellung getroffen, dass im Internet sehr viele Informationen frei verfügbar sind, dass aber die Herkunft dieser Informationen mitunter nicht bewertet ist. Also: dass es für den einzelnen Nutzer schwer zu durchschauen ist, wer eine Information aus welchem Interesse eingesellt hat, wie überprüfbar diese Information ist. Und dass Journalisten insoweit als Lotsen in diesem anschwellenden Meer der Informationen sogar eine wachsende Bedeutung haben, weil in einer freien Gesellschaft jeder für sich selbst entscheiden kann, ob er die Informationen, die er im Netz sieht, auch medial bewertet haben möchte, oder ob er sich diese unmittelbar beispielsweise in sozialen Netzwerken aneignet. Ich stimme mit Ihnen überein, dass Qualitätsjournalismus letztlich für alle Arten von Medien unverzichtbar ist, dass aber natürlich die Marktgegebenheiten der unterschiedlichen Akteure recht verschieden sind.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben wegen ihrer privilegierten Finanzie-

zung eine besondere Verantwortung, der sie sich stellen müssen. Würden sie dies über einen längeren Zeitraum nicht tun, so würden sie öffentliche Akzeptanz verlieren und am Ende auch ihre Privilegierung einbüßen. Das ist meine Überzeugung.

Heinrich Oberreuter: Aber, lieber Herr Wilhelm, ich habe hier die Antrittsrede Ihres Vorgängers gehört – ich glaube, das war eine landtagseigene Veranstaltung. In der Diskussion habe ich festgestellt, dass der Tanz um die Einschaltquote – das ist ja die „Auflage“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten – natürlich auch eine starke Zuminutung ist, die gerade von der Politik auf die Anstalten eingeht und einwirkt, weil sehr oft das Argument kommt, wenn ihnen keiner zuhören und zusehen will, dann brauchen sie auch keine Finanzierung.

Ich meine, dass dieses Argument dazu beiträgt, dass die Politik den Ast ein Stück weit absägt, auf dem sie sitzt. Denn ohne ihre partiell segensreiche Arbeit wäre natürlich die Informationsgrundlage nach der Integrationsgrundlage dieser Gesellschaft viel schütterer als ohnehin schon.

Ulrich Wilhelm: Sie sprechen ein Thema an, das die Programmverantwortlichen der öffentlich-rechtlichen Sender tagtäglich intensiv beschäftigt: Gibt es einen Gegensatz zwischen Qualität und Quote oder gibt es eine Synthese? Ich glaube,

dass man sich die Leitplanken unserer Arbeit ganz genau ansehen muss. Ein Massenprogramm kann nie so elitär werden wie ein Spartenprogramm. Also: Das Erste kann nicht insgesamt ein Programm wie Arte machen, um am Ende dann nur noch einen Marktanteil von zwei Prozent zu erreichen. Das würde mit Sicherheit von vielen Menschen im Land nicht verstanden werden und man würde das als zu abgehoben empfinden. Das Programm von Arte ist hervorragend gemacht – ich persönlich schaue das auch seit Jahren intensiv an. Aber wir müssen immer auch in den Vollprogrammen, in den Massenprogrammen, potenziell attraktiv bleiben – für eine Mehrheit der Bevölkerung. Das kann und soll man nicht mit jedem einzelnen Sendeplatz, mit jeder einzelnen Sendung einlösen. Ein klassisches Konzert hat gar nicht den Anspruch, hundert Prozent der Menschen zu erreichen, wenn es im Fernsehen übertragen wird. Dafür gibt es ein besonders aufgeschlossenes Minderheitenpublikum, das wir dann, wenn es gut gemacht und der Sendezeitpunkt günstig ist, auch erreichen können. Wir können nicht mit jedem einzelnen Format immer auf die Gesamtheit der Bevölkerung abzielen, sondern müssen genau fragen, was ist das Potenzial, das theoretisch erreichbar ist, und wie können wir eine Sendung handwerklich so gut machen, dass wir hier zu einer Annäherung kommen. Die eine Leitplanke ist also, weiterhin massenrelevant und attraktiv zu bleiben, und die andere, den kommerziellen Ange-

boten nicht zum Verwechseln ähnlich zu werden.

Die privaten Anbieter agieren unter vollkommen anderen Marktbedingungen. Mich persönlich inspiriert der Erfolg des Dschungelcamps von RTL in keiner Weise. Da bleibe ich ganz gelassen. Das ist ein Angebot, das diese Sendergruppe machen kann, wenn sie es für richtig hält, das wir aber nicht brauchen, weil wir durch die Rechtsgrundlagen einen vollkommen anderen Auftrag haben und somit eine andere Funktion in der Gesellschaft erfüllen. Die Frage, wie sehr muss man auf die Quote schielen und wie wichtig ist Qualität, ist nach meinem Geschmack etwas zu sehr im Sinne eines Entweder-Oder formuliert. Meine Erfahrung ist – auch als Journalist in langen Jahren –, dass gut gemachte Produkte immer ihre Reichweite und ihr Publikum finden. Das hat sich bei vielen Klassikern gezeigt. Eine Sendung wie „Kunst und Krempel“ am Samstagabend im Bayerischen Fernsehen ist zum Beispiel ein Minderheitenangebot, das aber so gut gemacht ist, dass es sich auch bundesweit mittlerweile größter Beliebtheit erfreut. Über eine Million Menschen aus Deutschland schauen sich diese Sendung über unser drittes Programm an. Und so gibt es immer wieder Beispiele, die belegen, dass es sich lohnt, permanent am eigenen Angebot zu arbeiten, um das, was man mit guten Absichten verfolgt, handwerklich noch besser zu machen. Den Vorwurf, hier werde auf die Quote geschielt,

würde ich in diesem Fall nicht gelten lassen. Hier geht es um den Versuch, eine Synthese zu erreichen, damit sich aus Qualität am Ende Zustimmung ergibt.

Heinrich Oberreuter: Also, Ihre These ist: Die Attraktivität dieser Sendung liegt nicht am „Krempel“, sondern sie liegt an der „Kunst“.

Ulrich Wilhelm: Das müssen Sie noch mal sagen, weil's so schön war.

Publikumsfrage: *Ich bin Journalist – seit 30 Jahren. Ich fand das toll, aber bitte schön: Was ist Qualitätsjournalismus? Wenn ich mich irgendwo anstellen lasse: das erste, was ich machen muss, ist einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. In diesem Arbeitsvertrag steht genau drin, was ich zu tun habe. Also haben wir ja doch keinen Qualitätsjournalismus, sondern einen Journalismus, den die Verleger, Herausgeber, die öffentlichen-rechtlichen Matadore usw. definieren. Ich muss das umsetzen, was meine Arbeitgeber mir sagen. Wo ist da Qualität?*

Ulrich Wilhelm: Ich denke, wenn Sie einen Vertrag als Professor unterschreiben, dann steht da auch nicht, dass Sie Qualitätswissenschaft machen sollen – wortwörtlich. Aber Sie würden das dennoch für sich selbst so auffassen.

Qualitätsjournalismus ist für mich das Streben nach Erfüllung der journali-

stischen Maßstäbe, die sich ergeben, zum einen aus dem handwerklichen Rüstzeug, zum anderen, aus dem, was man an gesellschaftlichem Auftrag hat: Nachhaltigkeit des Arbeitens, substanzelle Berichterstattung, kritische Aufarbeitung, sorgfältige Recherche und anderes mehr. Ich gebe zu, dass das ein Schlagwort ist und wie jedes Schlagwort hat es natürlich auch seine Unschärfen. Aber im Kern – glaube ich – ist klar, was gemeint ist, oder wie ich es verstanden wissen möchte.

Publikumsfrage: *Zur Einschaltquote vielleicht noch eine Anmerkung: Natürlich brauche ich Einschaltquote, aber es ist doch ein Unterschied, ob ich – ich sage jetzt mal – Musik habe laufen lassen mit einer lockeren Plauderei, das geht hier rein und da wieder raus oder ob ich beispielsweise Bayern 2 oder Bayern 5 höre, da hören die Menschen tatsächlich zu. Das hat eine ganz andere Qualität. Ich weiß das ja selber noch, jeden Morgen war das erste: Was hatten wir denn gestern für eine Einschaltquote? Ich finde, man muss einen Unterschied machen zwischen Einschaltquote und Einschaltquote. Ich glaube, das ist irgendwie noch gar nicht richtig angekommen.*

Ulrich Wilhelm: Ich kann es nur noch einmal wiederholen: dass die Einschaltquote sich immer auch danach bemessen muss, was das Potenzial einer Sendung, eines Formates ist und dass das nicht schematisch und pauschal definiert wer-

den kann. Wenn Sie sich zum Beispiel die fünf analogen Programme des Hörfunks des Bayerischen Rundfunks ansehen, die ich von meinen Vorgängern übernommen habe und die eine sehr gute Entwicklung vorweisen können, werden Sie schnell feststellen, dass es sich hier um sehr unterschiedliche Programme handelt. Drei von fünf Wellen wenden sich an eine anspruchsvolle Minderheit: Bayern 2, BR Klassik und B5 aktuell. Zwei Wellen, Bayern 1 und Bayern 3, wenden sich jeweils an ein sehr großes Publikum, verfügen aber zu- gleich über einen sehr hohen Informati- onssanteil. Bayern 1 zum Beispiel bringt mit hohem redaktionellem Aufwand immer zur halben Stunde regionale Nachrichten. Aber das ist nur ein Beispiel. Im Bereich der Öf- fentlich-Rechtlichen gibt es viele Häuser, die Minderheiten- und Mehrheitspro- gramm in ähnlicher Weise anbieten.

Publikumsfrage: *Herr Wilhelm, Sie haben von einer neuen Medienordnung gespro- chen. Ich habe das so verstanden, dass Sie die Einbindung oder Koordinierung mit den digitalen Medien meinen, aber es geht ja auch darum – Frage anders gestellt: Haben Sie in Ihrem Konzept auch schon die Überlegung, eine neue Medienordnung vielleicht dahingehend zu verlangen oder zu gestalten, dass zum Beispiel der Einfluss der Parteien bei den öffentlich-rechtlichen Sendern zumindest zurückgedrängt wird? Denn wir haben in den letzten Monaten und Jahren erlebt – der Bayerische Rund- funk hat da auch eine sehr bewegende Ge-*

schichte –, dass die Regierungspartei, dass überhaupt die Parteien durch ihren Sitz im Rundfunkaufsichtsrat massiven Einfluss ausgeübt haben und ausüben, was sich unter anderem dann auch langfristig auf die Qualität der Redakteure und Journa- listen bzw. den Qualitätsjournalismus ins- gesamt niederschlägt. Kurz gefragt: Denken Sie auch hinsichtlich der neuen Medienordnung daran, in Bezug auf die Besetzung von Rundfunkratsräten etc. etwas zu verändern?

Ulrich Wilhelm: Das ist kein Gebiet, auf dem der Rundfunk selbst etwas mitzu- reden hätte. Das sind Entscheidungen der Parlamente. Die Rechtssituation in Bayern geht sogar zurück auf einen Volksent- scheid – Volksbegehren Rundfunkfreiheit (Artikel 111a BV). Diese Initiative hat dazu geführt, dass die Zahl der unmittelbar aus der Politik entsandten Gremienmitglieder im Freistaat deutlich geringer ist als zum Beispiel beim ZDF, über das im Moment in Karlsruhe verhandelt und am Ende ent- schieden wird. Ausgehend vom Volk ha- ben wir in Bayern schon lange eine verän- derte Rechtslage.

Ich bitte aber um Verständnis, dass ich als jemand, der am Ende den Regelungen un- terworfen ist, hier öffentlich keine Wün- sche äußern werde. Das mag, wenn das Parlament Wert auf meine Meinung legt, ein Thema interner Diskussion sein; es steht mir aber nicht zu, mich zur Sache des Regulierers zu äußern.

Was ich mit dem Thema – keine ökonomische Betrachtung der Medien – gemeint habe, hat eine intensive Vorgeschichte: nämlich in der europäischen Regulierung. Sie erinnern sich, dass noch zu Zeiten der Regierung von Helmut Kohl die Europäische Kommission damit begann, das Thema Medien und Rundfunk unter dem Gesichtspunkt des Binnenmarktes zu begreifen; während die Ausgangsposition in der Bundesrepublik rechtlich war: Das ist Kultur, also kein harmonisierter Bereich und somit außerhalb der Zuständigkeit der Europäischen Union. Die EU war anderer Auffassung und hat gesagt, das ist in jedem Fall ein Teil des Wirtschaftslebens: Es gibt die Konkurrenz kommerzieller Unternehmen, wir wollen das mit europäischer Regelung in den Griff nehmen. Es gab dann eine ganz intensive Auseinandersetzung, die am Ende – mit einer Protokollerklärung zum Amsterdamer Vertrag – dazu führte, dass ein Teil durch Brüssel zwar zu regeln war. Allerdings so, dass wir unverändert darauf bestehen, dass es sich nicht nur um einen Teil des Wirtschaftslebens handelt, sondern auch um kulturelle Fragen. Und kulturelle Fragen sind in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten geblieben. Das ist die Vorgeschichte, die Sie sicher kennen.

Neue Fragen ergeben sich aus dem Zusammenwachsen von Telekommunikation und Rundfunk. Rundfunk ist eine Gesetzgebungsmaterie der Länder nach Art. 30

GG. Telekommunikation ist dagegen eine Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes – konkurrierende Gesetzgebung – mit einem größeren Maß an Mitsprache und Regulierung durch die Europäische Union. Von den Angeboten, die jetzt immer wieder neu entstehen, stammen sehr viele unmittelbar aus dem Sektor der Telekommunikation, beispielsweise dann, wenn Internetanbieter auch fiktionale Inhalte anbieten. Hier wird es zu einem sehr interessanten Ringen der unterschiedlichen Regulierungsebenen kommen.

Ich glaube, dass es notwendig ist, daran festzuhalten, dass Rundfunk eine eigene Vorgeschichte hat. Rundfunk wurde nach dem Krieg in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft ausgestaltet, weil man zu Recht darauf abstelle – auch seitens der Besatzungsmächte –, dass bei einem Massenmedium die Frage der Verführbarkeit, die Frage der sorgfältigen Gewichtung der Inhalte von ganz besonderer Bedeutung ist; und dass man dies nicht einfach nur dem Markt überlassen kann, sondern dass hier eine besondere gesellschaftliche Einbindung und Beaufsichtigung notwendig ist, dies aber dann auch wieder mit einer privilegierten Finanzierung sowie einer Bestands- und Entwicklungsgarantie einhergeht. Diese besondere geschichtliche Dimension – mitsamt der besonderen gesellschaftlichen Kontrolle, die dem Rundfunk innewohnt – sollte ihre Verlängerung auch in Märkten finden, in denen die Inhalte zum Teil austauschbar werden

zwischen Telekommunikations- und Rundfunkanbietern.

Ein weites Feld. Ich hoffe, das war jetzt nicht zu juristisch, aber in der Tat wurzeln viele Entscheidungen am Ende in der Frage der rechtlichen Zuständigkeit.

Heinrich Oberreuter: Herr Wilhelm, der damals zuständige Brüsseler Kommissar hat die These aufgestellt, dass Fernsehen etwas mit Kultur zu tun habe, sei evidenter Unsinn. Man brauche sich nur das Programm anzuschauen. Er muss oder er kann den Bayerischen Rundfunk nicht gemeint haben – denke ich –, und wir haben ja auch eine vernünftige Lösung bekommen. Aber, Herr Vogel, Sie zucken gerade ein bisschen, Sie waren doch an diesem gänzlich überparteilichen Volksbegehr „Rundfunkfreiheit“ mit Ihrer Partei und mit sich selbst sehr intensiv beteiligt. Vielleicht könnten Sie uns da etwas aufklären.

**Dr. Hans-Jochen Vogel
(ehemaliger SPD-Bundesvorsitzender
und Oberbürgermeister von München):**

Wenn Sie einen älteren Herrn bitten, dass er in der Historie etwas nachdenkt und darüber berichten soll, dann will ich das gerne tun.

Das war eine sehr lebhafte Auseinandersetzung, die diesem Volksbegehr vorausging. Das war eine Zeit – weit vor Ihnen, Herr Wilhelm –, in der die Kontakte zwischen der Bayerischen Staatskanzlei

und dem Bayerischen Rundfunk außerordentlich eng und außerordentlich dicht waren. Es gab dann eine gewisse Gegenentwicklung, die dazu geführt hat, dass im Rundfunkrat damals gegen den Willen der Staatskanzlei ein Chefredakteur mit einer ganz knappen Mehrheit gewählt wurde. Das hatte wiederum zur Folge, dass entschieden von der anderen Seite erklärt wurde, hier müsse doch der Einfluss der Politik und des Staates noch verstärkt werden. Und dies war das auslösende Moment für dieses Volksbegehr „Rundfunkfreiheit“. Das hatte noch einen ganz interessanten Aspekt, weil sich sogar Franz-Josef Strauß am Ende in einer Art und Weise äußerte, die eine gewisse Sympathie für diesen Volksentscheid, für das Volksbegehr erkennen ließ. Er sagte, diese Regelung, die ja dann darauf hinauslief, dass die Medienanstalt an sich die Trägerin aller Programme ist, auch der privaten Programme – dies gilt übrigens auch heute noch, das ist eine verborgene Wahrheit –, führe dazu, dass die „Neue Heimat“ nicht für ihre damals zahlreichen Wohnungen und Siedlungen einen eigenen Sender mit betonter politischer Akzentuierung einrichten könne. Also: Der Volksentscheid nahm einen guten Verlauf von manch bayerischer Eigenart und ich freue mich, dass Sie das nun auch tun und sich auf diesen Volksentscheid berufen.

Ich hab jetzt von der Vergangenheit geredet, aber wenn Sie mich schon einladen,

dann müssen Sie in Kauf nehmen, dass ich auch noch aktuelle Sachen anspreche. Ich stimme sehr vielem von dem, was Sie gesagt haben, zu. Nur würde ich mir zweieinhalb Fragen erlauben.

Erstens: Ist es nicht so, dass wir auch in unserer Gegenwart Medien haben, die über Informationen, Kommentierungen und Unterhaltung ein ganzes Stück hinausgehen und die sich selber politische Macht aneignen und ausüben wollen? Ich weiß nicht, ob ich Sie ins Bild setzen muss, um das nun deutlicher zu erläutern, aber das ist schon auch eine Erscheinung von einem gewissen Gewicht und Sie hatten ja in Berlin Gelegenheit, das in unmittelbarer Nähe zu verfolgen. Gerade in jüngster Zeit gab es für eine solche Bemerkung gewisse Anlässe.

Zweitens: Dass die Medien Kritik üben, ist eine selbstverständliche Pflicht in der Demokratie, zumal es auch ermutigend ist, dass jetzt in Nordafrika die Menschen gerade auch in diesem Punkt ihre Stimme erheben – ungeheuer ermutigend. Nur, manchmal wundere ich mich: Können Medien eigentlich gelegentlich auch etwas gut finden? Ich meine, Personen werden gut befunden, wenn sie runde Geburtstage haben oder wenn der Nachruf fällig ist, wobei ich neuerdings erfahren habe, dass die Nachrufe meistens schon im Archiv liegen. Na ja, gut.

Aber, hin und wieder wundere ich mich – jetzt nicht nach Parteien orientiert –, warum nicht auch einmal etwas gut gefunden wird. Es wird die Kritik nämlich glaubwürdiger, wenn auch einmal etwas für gut gefunden worden ist.

Dann noch eine Frage, Herr Wilhelm – sehr leichtsinnig, dass Sie mich da geholt haben.

Heinrich Oberreuter: Ich weiß, was ich tue.

Hans-Jochen Vogel: Legen Journalisten – jetzt rede ich mehr von der Druckpresse – legen die eigentlich für ihren eigenen Bereich auch immer die Maßstäbe an, die sie an die Politik und an die Außenbereiche anlegen? Zum Beispiel wird gesagt, mit unseren eigenen Gesellschaften können wir uns nicht auseinandersetzen. Wir sind Arbeitnehmer – ja wunderbar. Aber wenn im politischen Bereich einer sich darauf bezieht und sagt, ich kann mich nicht äußern deswegen usw.

Und das allerletzte: Ich glaube, die Medien haben auch eine Aufgabe, was unsere deutsche Sprache angeht. Ich bin jetzt nicht anglistisch, das ist nicht meine Sache, aber bitte, Sie haben auch eine Verantwortung für die Sprache. Und da stolpere ich immerzu über Sachen, die kontinuierlich wiederkommen. Kritik gibt es nicht, es gibt immer nur scharfe Kritik. Kritik spitzt sich immer nur zu. Und dann

ist es plötzlich aus, das hatten Sie auch erwähnt – kein Mensch redet mehr darüber. Beamte sind immer schwer bewaffnet, Räume werden immer weiträumig abgesperrt. Außerdem wird Kritik geübt, er übt die Kritik, da wird ein 30 Jahre in der Politik Tätiger zitiert, dass er Kritik übt, der kann das doch schon lange. Er muss ja die Kritik nicht mehr üben. Entschuldigung, das waren nur ein paar Randbemerkungen.

Ulrich Wilhelm: Ich bedanke mich für diese furiosen Anmerkungen, denen ich ja ernsthaft gar nicht widersprechen kann. Ich glaube, dass sich vieles von dem, was Sie sagen, schon sehr lange auch in den Selbstbetrachtungen von Journalisten wiederfindet.

Ich erinnere mich, in der Deutschen Journalistenschule 1982 war der damalige Chefredakteur der Abendzeitung, Udo Flade, als Lehrer bei uns und hat damals unter völlig anderen Marktbedingungen davon gesprochen, dass das, was in den Rundfunkräten und in den Rundfunkanstalten der Einfluss der Parteien ist, dem man als Journalist möglicherweise ausgesetzt ist und dem man zu widerstehen habe, in den Verlagen der Zeitungen der Einfluss der großen Anzeigenkunden ist. Und er hat gesagt, dass das immer ein Dauerthema ist, ob man, wenn es den Verdacht eines Skandals, einer Affäre oder eines bemerkenswerten Vorgangs bei einem Großinserenten gibt, dem dann

zuleibe rückt oder nicht; und dass er sich auch immer wünscht, dass man junge Kollegen hat, die dann auch von ihren Chefredaktionen einfordern, dass diesen Dingen auf den Grund gegangen werden muss. Auch dann, wenn das Haus in der Frage vielleicht in einem finanziellen Dilemma steckt.

Ich kenne das als eine Thematik, der sich Journalisten schon sehr viele Jahre stellen. Natürlich könnte ich nicht intellektuell redlich argumentieren, wenn ich bestreiten wollte, was Sie sagen. Es gibt Fehlentwicklungen, es gibt ärgerliche Beispiele, es gibt natürlich auch die Jagd nach den Superlativen.

Ich habe mich selbst scherhaft mit Berliner Journalisten auseinandergesetzt, die wochenlang immer wieder behaupteten, dass ein Prominenter immer mehr unter Druck gerate. Wie platt ist so einer am Ende, wenn er seit Wochen immer mehr unter Druck gerät?

Dabei geht es letztlich auch nur um journalistisches Handwerk: um mehr Vielfalt, mehr Abwechslung und die Suche nach belastbaren Formulierungen, die sich nur selten mit der Jagd nach Superlativen vereinbaren lassen; und um die Frage, wie pfleglich wir mit Sprache umgehen. Als damals die Rechtschreibreform anstand, gab es nicht nur den Protest von Roman Herzog, sondern auch intensive Auseinandersetzungen in sehr vielen Zeitungen,

die sich als Sprachpfleger empfanden und darüber diskutierten, ob sie da mitziehen sollen oder nicht.

Natürlich gibt es Fehlentwicklungen und Beispiele, wo der hohe Anspruch scheitert. Natürlich gibt es immer wieder den Fall, dass an gewählte Repräsentanten strengere Maßstäbe bei der Inanspruchnahme von Vorteilen angelegt werden als an die eigene Zunft und dergleichen mehr. Das kann keiner, der die Verhältnisse kennt, ernsthaft bestreiten. Aber so wie die Medien die Politik bewerten, kritisieren und für checks and balances sorgen, können natürlich auch andere Teile der Gesellschaft wiederum Maß nehmen an dem, was Medien tun. Rede und Gegenrede, der Austausch von Wahrnehmungen im öffentlichen Diskurs gehört in jeder Richtung dazu. Eine freie Gesellschaft hat eben nur dieses Korrektiv, mit Ausnahme der Justiz, wenn es um ganz schwerwiegende Dinge geht.

Herr Abgeordneter Eberhard Sinner:

Ich hätte eine nachfolgende Frage an den Intendanten: ob man in einen Wettkampf der Talk-Formate gehen soll – ich sage jetzt mal überspitzt: die Verjauchung sämtlicher Kanäle –, denn ich kann mit vielen Talk-Sendungen nichts anfangen und auch mit den Geldern, die für diese Stars gezahlt werden.

Ich denke, wenn man Qualitätsjournalismus will, dann muss man vielleicht oben

ein bisschen kürzen und den anderen, die recherchieren – dem Bodenpersonal – ein bisschen mehr geben. Wenn ich das Vorbild BBC mal anspreche: „Putting Quality First“ stellen die in den Mittelpunkt und die haben auch eine ganz massive Diskussion in Großbritannien eingeleitet, die Kosten für das Spitzenpersonal etwas zu reduzieren, weil sie in keinem Verhältnis mehr zu dem stehen, was in den Talk-Shows geleistet wird. Ich denke, das wäre auch ein Punkt, über den wir uns mal intensiv unterhalten müssten.

Ulrich Wilhelm: Ich muss mich in dem Punkt ein wenig zurückhalten, weil ich mit der Entscheidung unmittelbar nichts zu tun hatte. Sie ist vor meinem Eintreffen in der ARD gefallen und ich hielte es jetzt nicht für guten Stil, quasi öffentlich den Kollegen zu sagen, was ich davon halte. Ich kann vielleicht nur so viel sagen, dass nach meiner langjährigen Erfahrung Talk-Shows alleine komplizierte Sachverhalte nicht wirklich aufhellen können. Sie brauchen dazu andere Formate – Sondersendungen, Schwerpunkte, Magazine, Hintergrundstücke, Sachverständigeninterviews und anderes mehr. Bei Talk-Shows liegt häufig genug die Wirkung auf den Zuschauer darin, dass er zwar einen interessanten Streit oder Meinungsaustausch erlebt, aber nicht wirklich beurteilen kann, wer denn nun Recht hat. Was allzu oft fehlt, ist die Möglichkeit, Aussagen zu verifizieren oder zu falsifizieren, also als richtig oder falsch zu erleben.

Eine Talk-Show kann durchaus viele Erkenntnisse liefern zu der Frage wie authentisch, wie eloquent einer ist, wie gut sortiert er sprechen kann und wie fundiert seine Argumentation klingt.

Aber bei Fragen zur Situation des Euro, zu den Risiken auf den Weltfinanzmärkten oder zu den Herausforderungen der Energiesicherheit, die sich für unser Land stellen, können Sie alleine mit Talk-Shows den Erkenntnisprozess nicht wirklich fördern.

Talk-Shows sind eine wichtige Ergänzung in unserem Angebot. Für viele Politiker sind sie eine Möglichkeit, einem größeren Publikum überhaupt erst bekannt zu werden. Wenn man es aber dabei bewenden ließe, würde man die Möglichkeiten und auch die Notwendigkeiten der Information dramatisch verkürzen. Das kann es nicht sein.

Publikumsfrage: *Herr Wilhelm, die Qualitätszeitungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die haben eine Gemeinsamkeit – eine negative –, nämlich, dass ihnen Jugendliche und das junge Publikum in Scharen davonlaufen. Reichweiten der Zeitungen sind im Sinkflug. Bei den Quoten, insbesondere beim Fernsehen, beim Rundfunk ist es noch ein bisschen anders, sind doch massive Verluste in diesen Zielgruppen zu verzeichnen. Gibt es da Strategien, Überlegungen, wie man dem entgegentreten kann, muss man jünger, muss*

man frecher werden, muss vielleicht auch „Live aus dem Alabama“ oder „Schlachthof“ wieder belebt werden? Sind solche Formate auch online oder hat man die Schlacht um die Jugend schon verloren gegeben?

Ulrich Wilhelm: Das ist ein wahrhaft abendfüllendes Thema, denn die von Ihnen geschilderte Entwicklung, die für Zeitungen wie für Fernsehsender gleichermaßen gilt, ist weit über Deutschland hinaus zu beobachten. Das hat ganz unterschiedliche Gründe. Mitunter ist es gar nicht so, dass sich junge Leute anderen Anbietern im Bereich des Journalismus zuwenden, sondern dass sie einfach etwas anderes machen. In meiner Jugend war es üblich, dass man allmählich damit begann, Zeitung zu lesen. Heute sind Jugendliche in ihrer Freizeit schon einmal stundenlang online, um sich mit ihren Freunden in Facebook auszutauschen; durchaus auch zu Themen des öffentlichen Lebens, mitunter auch zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur oder Sport. Aber sie sind eben vollkommen anders sozialisiert.

Wenn diese Entwicklung tatsächlich dazu führen würde, dass mit einer bestimmten Generation der Nachwuchs ausbleibt, wäre das eine Entwicklung, mit der die Zeitungen – aber auch wir – gar nicht leben könnten. Wir wollen nicht irgendwann zu Fossilien werden.

Was man dagegen unternehmen kann? – Da gibt es kein Patentrezept, von niemandem. Es gibt eine ganze Reihe vernünftiger oder plausibler Ansätze. Natürlich braucht man junge Formate, natürlich muss man auch in die Gesellschaft hineingehen, natürlich muss man auch seine Angebote in den sozialen Netzwerken unterbreiten. Am Ende ist es aber wie immer auch eine Frage der Ressourcen. Wenn Sie mit begrenzten Ressourcen über so viele technische Verbreitungswege gleichzeitig präsent sein müssen, dann stößt sich manches im Raum und da wird man noch viele strategische Überlegungen anstellen müssen, um entscheiden zu können, was wirklich Priorität hat. Das ist also eine ganz schwierige und auch nicht wirklich befriedigend lösbare Fragestellung.

Publikumsfrage: Herr Wilhelm, Sie kommen jetzt aus fünf Jahren – wie soll man das nennen – innerdeutschem Auslandseinsatz zurück und betonen die bayrische Linie des Bayerischen Rundfunks, des größten Kulturinstituts.

Wenn ich mir die letzten fünf Jahre in Europa anschau: Was sind so die entscheidenden Deutschland- und Europaerfahrungen, die Sie aus Berlin hierher mitbringen in Ihr neues Amt? Soweit ich sehe, sind Sie der erste Intendant des Bayerischen Rundfunks, der über eine derartige Erfahrung verfügt. Gibt es ein besonderes Erlebnis beim Tausch zwischen beiden Seiten – es geht ja um Demokratie und Medien und

nicht einfach um Politik und Medien –, von dem Sie sagen würden: Hier bin ich, ich komme mit bestimmten Erfahrungen aus Berlin zurück, die sind für mich als Intendant des größten bayerischen Kulturinstitutes von besonderem Gewicht, vielleicht von besonderem Witz. Es war doch ein Auslandsaufenthalt innerhalb der gesamtdutschen Sprachlandschaft.

Ulrich Wilhelm: Nachdem mich die Berliner so freundlich aufgenommen haben, will ich sie jetzt nicht im Rückblick als Ausland darstellen; es ist mir durchaus gelungen, dort heimisch zu werden. Was Ihre Frage angeht, kann ich das nur schwer auf einen Punkt bringen.

Es war eine unglaublich spannende Zeit, die mir vielfach die Augen geöffnet hat, zum Beispiel für den Stellenwert des Persönlichen in internationalen Beziehungen. Es gibt ja immer wieder den Widerstreit – auch in der Wissenschaft und in der Publizistik –, was wirklich wichtig ist: Sind es die Interessen eines Landes, die sich dann mit den Interessen anderer Länder auseinandersetzen müssen oder sind es die persönlichen Beziehungen. Für mein Empfinden war es sehr bemerkenswert, wie intensiv auch persönliche Faktoren, also Vertrauensverhältnisse zwischen führenden Persönlichkeiten, prägend sind für das, was zwischen Staaten gelingt.

Schön war auch, erfahren zu dürfen, wie hoch anerkannt Deutschland in allen inter-

nationalen Organisationen ist, welchen Stellenwert unser Land dort einnimmt, wie wir klug umgehen mit unserer Kraft. Die ökonomische Kraft wird nur in ganz seltenen Fällen wirklich eingesetzt, um Dinge ultimativ durchzusetzen. Üblicherweise agiert Deutschland sehr zurückhaltend. Dadurch sind uns in letzter Zeit Autorität und Ansehen zugewachsen.

Dann war es natürlich ein großes Privileg, bei mehreren herausgehobenen Funktionen Deutschlands an führender Stelle mit dabei zu sein: Wir hatten eine EU-Präsidentschaft, eine Nato-Präsidentschaft, eine G8-Präsidentschaft, was sehr spannend war. Dann die erste gemeinsame Durchführung eines Nato-Gipfels, in diesem Fall mit Frankreich, auch das war sehr spannend, ebenso wie die erste G20-Tagung zur großen Weltfinanzkrise. Auch in Washington am 15. November 2008 konnte ich teilnehmen; ich habe verfolgt, wie sich die Bankenkrise entwickelt hat, wie sie eingedämmt werden konnte und welche Schlussfolgerungen dann jedenfalls bis Anfang 2010 gezogen wurden. Das waren prägende Erfahrungen, die ich jetzt nicht unmittelbar programmatisch einbringen kann, aus denen ich jedoch immer wieder schöpfe in der täglichen Arbeit.

Heinrich Oberreuter: Herr Wilhelm, Sie haben es gehört, ganz herzlichen Dank! Wir haben uns ja kurz nach Ihrer Wahl bei einem öffentlichen Ereignis getroffen und dann habe ich Sie angeschaut und gesagt:

Herr Wilhelm, Ihnen geht ein Ruf wie Donnerhall voraus. Überparteilich, jeder mag Sie, Sie müssen etwas falsch machen.

Das hat uns beide sehr erheitert. Ich glaube, dass wir heute einen Intendanten gehört haben, der – so ist zu hoffen und zu vermuten und zu erwarten, nach dem, was Sie gesagt haben – sehr vieles richtig macht. Und deswegen grämen Sie sich nicht über die wissenschaftliche Diskussion, die vom Postjournalismus spricht!

Ich glaube, der Journalismus hat unter Ihrer Ägide eine gute Chance. Verteidigen Sie sie, wenn ich die Bitte aussprechen darf und wissen Sie immer, wenn der Wissenschaft nichts mehr einfällt, spricht sie von „Post“. Es gibt den Postjournalismus, es gibt den Postparlamentarismus, es gibt die Postdemokratie. Nur die Post gibt es eigentlich nicht mehr so, wie sie mal war.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank an Sie, herzlichen Dank ans Haus. Ich halte Sie jetzt nicht mehr auf. Herr Wilhelm wird von mir dann zwei kleine Präsente überreicht bekommen: Das eine gilt der kulturellen Entspannung und das andere gilt sozusagen der politisch-bildnerischen Ausrüstung: Das sind die drei Bände zu unserem 50. Jubiläum. Das andere ist Beethoven, ich glaube, Sie können mit beiden etwas anfangen. Für diesen Abend bin ich sehr dankbar, zumal er sehr bereichernd war. Und das ist das Wichtigste, was wir sagen können. Herzlichen Dank!

